DVGW

Sektorale Netzplanung aufgeben

[12.09.2017] Eine stärkere Kopplung der Sektoren, die sich auch in einer gemeinsamen Planung der Strom und Gasnetze niederschlagen soll, fordert jetzt der DVGW. Die Forderung ist das Ergebnis eines seit Mai 2017 geführten Expertendialogs.

Der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) hat auf einer Pressekonferenz in Berlin die Ergebnisse der DVGW-Informationskampagne Energie-Impuls vorgestellt. Seit Mai 2017 führt der DVGW einen offenen Dialogprozess mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft über die Ausrichtung und Gestaltung der nächsten Phase der Energiewende. Die Ergebnisse wurden jetzt in einer Themen-Broschüre und einem Fact-Sheet zusammengefasst.

Bei der Ergebnis-Präsentation in Berlin sagte der DVGW-Vorstandsvorsitzende Gerald Linke: „Der Fokus für die Entwicklung leistungsfähiger Energieinfrastruktur darf nicht allein auf dem Ausbau von Stromnetzen und Erneuerbare-Energien-Anlagen liegen. Im Sinne eines ‚level playing field' der Technologien und Lösungen sollten Anreize für Investitionen in CO2 einsparende, systemdienliche und Flexibilität ermöglichende Technologien und Infrastrukturen geschaffen werden." Dabei sollte der Nutzung bestehender Infrastrukturen Vorrang eingeräumt werden. Linke: „Ziel muss es sein, dass wichtige komplementäre Aspekte der vorhandenen Infrastrukturen wie Gasnetze oder Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in einer einheitlichen regulatorischen Planung eingeschlossen sind."

Dafür müsste zunächst die Einstufung von Power-to-Gas oder anderen Sektorkopplungselementen als Letztverbraucher abgeschafft werden. Linke erläuterte: „Sie müssen entsprechend ihrer systemischen Funktion im Ordnungsrahmen als verbindendes und tragendes Element der Sektoren behandelt werden. Das heißt, dass sie damit auch von Umlagen, Abgaben oder Steuern, die im Zusammenhang mit Erzeugung, Transport oder Verbrauch von Energie stehen, weitgehend ausgenommen werden sollten."

Gleichzeitig forderte der DVGW-Vorstandsvorsitzende, die regulativen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft sektorenübergreifend zu vereinheitlichen. Dazu müssten in der neuen Legislaturperiode Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie neu strukturiert werden. Auch die bislang strikt sektoral konzipierte Netzentwicklungsplanung für Strom und Gas müsse grundlegend reformiert werden. So sollte aus Sicht des Verbandes künftig ein gemeinsamer Netzentwicklungsplan für Strom und Gas erarbeitet werden. Und auch die Verteilnetze von Strom und Gas sollten künftig von den Akteuren vor Ort gemeinsam geplant und strukturell gekoppelt werden.

(me)

Broschüre Der Energieimpuls (PDF; 1 MB)
Broschüre Zwischenfazit des Dialogprozesses zum Energie-Impuls (PDF; 73 KB)

Stichwörter: Erdgas, DVGW